

# Wer ausbildet, erhöht die Chance, motivierte Mitarbeiter zu finden

Als die SPD-Fraktion am 11. November 2003 beschloss, eine Ausbildungsplatzabgabe für all jene Unternehmen einzuführen, die nicht oder unzureichend ausbilden, setzte eine breite politische Diskussion über Sinn oder Unsinn einer derartigen Maßnahme ein. Ursache der aktuellen Auseinandersetzung war die erneut negativ ausgefallene Lehrstellenbilanz: Auch 2003 gab es mehr ausbildungswillige Jugendliche als bereitgestellte Ausbildungsplätze. Parallel zur Zurückhaltung vieler Betriebe, Jugendliche auszubilden, mehren sich die Klagen der Unternehmer, dass es in Deutschland schon heute zu wenig Fachkräfte gibt. Der Historiker Dr. Rolf Fischer fasst den Stand der aktuellen, überaus kontroversen Diskussion zusammen.

Die Argumente für und wider eine „Zwangsabgabe“ nicht ausbildender Betriebe sind ebenso wenig neu wie die wirtschaftspolitische Diskussion über dieses sensible Thema der Bildungspolitik. Es könne nicht sein, erklärte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) anlässlich der Veröffentlichung der Ausbildungsplatzbilanz im Dezember 2003, dass nicht einmal 30% der ausbildungsfähigen Betriebe Lehrstellen anböten, während sich die Mehrheit ihrer Verantwortung entziehe, später aber häufig vom Engagement der anderen profitiere. Eine finanzielle Umlage, die sich nach der Anzahl der fehlenden Ausbildungsplätze richte, sei daher notwendig, um einen Fond einzurichten, aus dem zusätzliche betriebliche Lehrstellen finanziert werden können.

Heftige Proteste gegen die geplante Ausbildungsplatzabgabe kamen von der Opposition und aus der Wirtschaft. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber sprach von einer „fundamentalen Fehlentscheidung“, die FDP von einem „bürokratischen Monstrum“. Vertreter der Arbeitgeberverbände warnten davor, vornehmlich die kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter zu belasten, was letztlich kontraproduktiv sei und zu einer Vernichtung von Ausbildungsplätzen führe. Stattdessen seien Maßnahmen zu erwägen, die mehr Betriebe in die Lage versetzen auszu-

bilden, etwa steuerliche Anreize oder eine Kürzung der Ausbildungsvergütung.

Ob die Ausbildungsplatzabgabe jedoch tatsächlich kommt, ist fraglich. Sie soll nur für den Fall greifen, dass das Angebot-Nachfrage-Verhältnis auf dem Ausbildungsmarkt auch im Jahr 2004 negativ ausfällt.

## Konzertierte Aktionen für mehr Ausbildung

Dass eine qualifizierte Berufsausbildung ein Stück Zukunftssicherung für den Einzelnen wie für die Gesellschaft darstellt, ist unstrittig. Jugendlichen den Start ins Berufsleben zu ermöglichen, muss daher als eine dringliche sozialpolitische wie ökonomische Aufgabe begriffen werden. Ist im Frühjahr abzusehen, dass es auf dem Ausbildungsmarkt eng werden könnte, setzen regelmäßig „Ausbildungsinitiativen“ ein. Minister touren durchs Land, Arbeitsämter starten Sonderaktionen, Politiker appellieren an das Verantwortungsgefühl der Unternehmer. Alle werben in Betrieben um zusätzliche Ausbildungsplätze. Ob das Bemühen erfolgreich war, zeigt sich jeweils im Herbst, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den jährlichen Bericht vorlegt: Fällt die Bilanz negativ aus, starten die regionalen Arbeitsämter Nachvermittlungsaktionen.

## 2003 – Ziel verfehlt

Die Bilanz für 2003 macht deutlich, dass die noch im Frühjahr prognostizierte „Ausbildungskatastrophe“ nicht eingetreten ist. Zwar ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum vierten Mal in Folge rückläufig, doch konnten zum 30. September 2003 immerhin 96,6% der Bewerber eine Ausbildung beginnen – ein wesentlich höherer Anteil als zu Jahresbeginn prognostiziert. Den 35.101 nicht vermittelten Jugendlichen standen zu diesem Zeitpunkt noch 14.880 offene Lehrstellen gegenüber. Durch staatlich finanzierte Förderprogramme und Nachvermittlung gelang es, die Zahl der Unvermittelten bis November 2003 auf rund 21.000 zu reduzieren. Doch selbst im Vergleich zur ebenfalls negativen Bilanz des Vorjahrs (99,1% vermittelte Bewerber) bleibt das Ergebnis unbefriedigend.

## Regionale Unterschiede – unbeliebte Berufe

Was die Gesamtbilanz für Deutschland nicht ausweist: Auch 2003 gab es Unternehmen, die händeringend nach Azubis suchten und keine fanden, wie es auch Regionen gab, die mehr Ausbildungsplätze anboten, als Bewerber vorhanden waren. Grob gesagt ist die Situation für Nachfrager im Süden am besten und im Osten am schlechtesten. Der Norden und der Westen liegen mit einer nahezu ausgeglichenen Relation von Angebot und Nachfrage dazwischen. In der bayerischen Region Deggendorf etwa standen rein rechnerisch im letzten Jahr 104 Ausbildungsplätze je 100 Bewerber bereit, in Berlin waren es nur 84.

Dort, wo ein ausgeglichenes Verhältnis herrscht, geraten die für junge Leute offensichtlich wenig attraktiven Ausbildungsberufe zur Besorgnis der betroffenen Unternehmer rasch ins Hintertreffen. So gibt es in Bayern zahlreiche offene Lehrstellen für Hauswirtschaftlerinnen, Systemgastrome und Restaurantfachleute. Firmen in Baden-Württemberg werben häufig vergeblich um Versicherungskaufleute und Stuckateure, in Nordrhein-Westfalen werden neben Versicherungskaufleuten und Restaurantfachkräften überraschenderweise auch Bankkaufleute gesucht.

## Beispiel Berlin

Auch in der Bundeshauptstadt können trotz des starken Lehrstellenmangels zahlreiche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Für Stephan Schwarz, Präsident der Berliner Handwerkskammer, ist dies in hohem Maß auf die mangelnde Flexibilität der Jugendlichen zurückzuführen. Besonders viele offene Stellen melden Gebäudereiniger, aber auch Nahrungsmittelhandwerker, Textilreiniger, Maler sowie Friseur haben freie Ausbildungsplätze. In einem Interview



Foto: Neckarwerke Stuttgart AG

Jugendliche an der Werkbank

mit der „Berliner Morgenpost“ vom 14. September 2003 forderte Schwarz, dass sich die Jugendlichen weniger auf ihren Traumjob fixieren sollten: „Flexibilität ist eine Kernkompetenz, die jeder im Berufsleben benötigt.“

## Warteschleifen für Jugendliche

Der Hinweis auf freie Plätze kann aber nicht infrage stellen, dass es eine deutliche Unterversorgung an betrieblichen Lehrstellen gibt. Sie fiel noch drastischer aus, wenn der Staat nicht durch Förderprogramme für eine halbwegs ausgeglichene Ausbildungsbilanz sorgte. Bund, Länder und Arbeitsverwaltung stellen rund 60.000 außerbetriebliche Lehrstellen bereit. Sie machen inzwischen mehr als 10% des Gesamtangebots aus. Der Staat subventioniert darüber hinaus die Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der mit öffentlichen Mitteln finanzierten betrieblichen Ausbildungsverhältnisse seit 1994 kontinuierlich gestiegen und erreichte 1998 etwa 70%. Exakt erfasst wird diese staatliche Subvention nirgendwo. Sicher ist aber, dass sie sich in den letzten Jahren auf Rekordniveau bewegt.

Insgesamt befinden sich mehr als 200.000 Jugendliche, die eigentlich eine Ausbildung beginnen möchten, in Ersatzmaßnahmen und Warteschleifen. Sie absolvieren berufsvorbereitende Maßnahmen, heuern als Ungelernte an oder suchen berufliche Alternativen. Die Gewerkschaften sprechen daher von Schönfärberei bei den offiziellen Zahlen und beklagen über 200.000 tatsächlich fehlende Ausbildungsplätze.

## Argumente für mehr Ausbildung

Ausbildung ist eine betriebliche Investition in die Zukunft, die zunächst Kosten verursacht. Nach Abzug der von den Lehrlingen erwirtschafteten Erträge betragen die Nettokosten im Durchschnitt über alle Berufe hinweg rund 8.700 Euro pro Azubi und Jahr. Viele Betriebe überlegen es sich aufgrund ihrer schlechten Ertragslage deshalb zweimal, ob sie sich einen Lehrling noch leisten können, ohne den Bestand des Unternehmens aufs Spiel zu setzen. Es gibt jedoch zweifellos auch Unternehmen, die nicht ausbilden, obwohl ihre wirtschaftliche Situation es erlaubte.

Dass Ausbildungsengagement sich mittelfristig auch betriebswirtschaftlich rechnen kann, darauf weisen Industrie- und Handelskammern ihre Mitglieder seit einiger Zeit eindringlich hin. Und sie haben gute Argumente, wie eine Werbeaktion der IHK für Augsburg und Schwaben zeigt:

- „Erfolgsbremse Fachkräftemangel – Ausbildung ist immer noch die rentabelste Art, motivierte Mitarbeiter für das Unternehmen zu gewinnen. Ab 2007 gehen die Schulabgängerzahlen zurück. Also schon jetzt die Weichen richtig stellen.“
- „Der Aufschwung wird kommen – heute die Leistungsträger von morgen zu vertretbaren Kosten aufbauen.“
- „Ausbildung verursacht nicht nur Kosten, sondern auch Nutzen – Auszubildende leisten bereits in der Ausbildung produktive Beiträge.“
- „Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen für den Nachwuchs – eine positive Perspektive ist für Schulabgänger sehr wichtig.“
- „Aus eigener Kraft eine Zwangsumlage durch die Bundesregierung vermeiden.“

## Krisen und demografischer Druck

Der Ausbildungsmarkt wird allerdings nicht nur von eher subjektiven Faktoren wie Verantwortungsgefühl der Unternehmer und Flexibilität der Jugendlichen bestimmt. Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass zwei Rahmenbedingungen wesentlichen Einfluss ausüben: Konjunkturverlauf und Bevölkerungsentwicklung.

Mitte der 1970er-Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge von Anfang der 1960er-Jahre Ausbildungsplätze nachfragten, baute sich die demografische Welle auf, die zu einem sehr starken Anstieg der Ausbildungsverhältnisse in den 1980er-Jahren führte, als es zum ersten Mal mehrere Jahre in Folge (1982–86) mehr Bewerber als Ausbildungsplätze gab. 1985 wurde mit 1,8 Millionen Auszubildenden die höchste Zahl nach dem Krieg erreicht. Bis 1994 gingen die Bewerberzahlen dann demografisch bedingt zurück und er-

**Zitat**



*Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung, erklärte anlässlich der Debatte zur Ausbildungs-offensive der Bundesregierung im Deutschen Bundestag am 25. September 2003: „Ausbildungschancen dürfen nicht von Konjunkturlagen abhängig sein. Wenn alle Unternehmen für ihren Bedarf ausbilden, dann gäbe es in Deutschland kein Ausbildungsproblem. Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gibt es aber rund 500.000 Betriebe, die ausbilden dürften und könnten, die es aber nicht tun. 500.000 Betriebe, die sich der Aufgabe verweigern, selbst für qualifizierte Fachkräfte zu sorgen. Wenn nur die Hälfte dieser Betriebe eine Lehrstelle anbieten würde, dann gäbe es in Deutschland ein mehr als ausreichendes Ausbildungsangebot.*

*Daher sage ich klipp und klar: Ich werde mich mit einer Größenordnung von 35.000 oder mehr unversorgten Jugendlichen nicht abfinden. Das ist nicht hinzunehmen, wenn wir wirklich wollen, dass das duale System auch in Zukunft das Berufsbildungssystem bleibt.“*

Foto: BMBF

reichten 1995 ihren Tiefststand. 1992–95 gab es daher ein starkes Überangebot an Lehrstellen. Danach stieg die Zahl der Nachfrager in den alten Bundesländern wieder bis zum Jahr 2000, um in der Folge aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage erneut zu sinken. 2003 schließlich war das schwierigste Jahr auf dem Lehrstellenmarkt seit der Wiedervereinigung.

Wie stark die Schwankungen vor allem auf Seiten des Angebots sein können, zeigt ein Vergleich der Daten von 1992 und 2003. Während kurz nach der Wiedervereinigung über 721.000 Lehrstellen angeboten wurden, waren es 2003 nur mehr knapp 575.000. Die Zahl der Bewerber war in den Vergleichsjahren mit 608.000 bzw. 595.000 hingegen nahezu identisch.

## Berufsbildungssystem auf dem Prüfstand

Spiegelt die deutliche Zurückhaltung der Unternehmen in der Ausbildung tatsächlich nur eine temporäre, konjunkturell bedingte Störung des Gleichgewichts auf dem Ausbildungsmarkt oder kommt darin vielleicht auch eine Strukturkrise des Ausbildungssystems zum Ausdruck? Das „duale System“, die Kombination von betrieblicher und schulischer Ausbildung, ist nach wie vor von zentraler Bedeutung für

die nichtakademischen Berufslaufbahnen in Deutschland. Das System hat sich über Jahrzehnte bewährt und gilt als sakrosankt. Ob es aber auch flexibel genug ist, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, die der Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeit mit sich bringt, ist nicht unumstritten.

Veränderte Managementstrukturen und neue Formen der Arbeitsorganisation erfordern Qualifizierungsprofile, die stärker auf theoretische und analytische Fähigkeiten ausgelegt sind. Die auf Ausbildung und Erfahrung beruhenden fachlichen Qualifikationen treten in Zeiten massiven technischen Wandels in ihrer Bedeutung zurück. Auf die Vermittlung von „Wissensarbeit“ ist das duale System, das vornehmlich berufstypische Fachqualifikationen vermittelt, aber nicht ausgerichtet. Wenn insbesondere große und mittlere Unternehmen neue ökonomische Strategien verfolgen und ihre Organisationsformen verändern, könnte das Interesse an traditionell ausgebildeten Mitarbeitern und damit an der Ausbildung selbst schwinden. Die negativen Auswirkungen auf das Angebot an Ausbildungsplätzen wären dann nur durch tief greifende Reformen des traditionellen Berufsbildungssystems aufzufangen.

## Ausblick auf die nächsten Jahre

Dem in der Öffentlichkeit gepflegten Schwarzer-Peter-Spiel um die Lehrstellen täte es gut, wenn die Diskussion um die Ursachen sachlicher und breiter geführt würde. Der Ausblick auf die Schulabgängerzahlen der nächsten Jahre lässt nämlich vermuten, dass das Thema schon aus demografischen Gründen auf der Tagesordnung bleiben wird. Erst ab 2006/07 reduziert sich die Zahl der Nachfrager merklich, da dann geburtenschwache Jahrgänge die Schule verlassen.

Dass damit dann auch die Lehrstellenmisere ein vorläufiges Ende findet, scheint fraglich: Der Blick auf die Wellenbewegungen der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Angebot und Nachfrage sich – mit leichten zeitlichen Verschiebungen – nahezu parallel zu einander bewegen. Sinkt die Nachfrage, nimmt auch das Angebot ab. Wächst der Druck der Schulabgänger, werden mehr Anstrengungen unternommen. Im Interesse der Jugendlichen wäre es wünschenswert, dass die Bemühungen um mehr Ausbildungsplätze auch in Zeiten geringerer Nachfrage unvermindert anhielten. So könnten nicht nur alle Ausbildungswilligen in ein geregeltes Berufsleben eintreten, sie könnten auch weitaus häufiger den Beruf ihrer Wahl ergreifen.

«  
Rolf Fischer

### Autor



**Dr. Rolf Fischer**  
Jahrgang 1954, studierte an der Ruhruniversität Bochum Geschichte und arbeitet als freier Autor in Dortmund.

### Ansprechpartnerin



**Hannelore Ohle-Nieschmidt**  
Ernst Klett Verlag  
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Rotebühlstraße 77  
70178 Stuttgart  
Telefon: 07 11-66 72-16 73  
Fax: 07 11-66 72-20 10  
Mail: [h.ohle-nieschmidt@klett-mail.de](mailto:h.ohle-nieschmidt@klett-mail.de)  
[www.klett.de](http://www.klett.de)